

Neuesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen
für Anhalt und Thüringen

In ganz Halle
die einzige 2 mal täglich erscheinende Zeitung

Morgen-Ausgabe

Halle-Saale

Anzeigenpreis:

Dienstag, 25. November 1924

Verlagsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernr. Amt Kurfränk. 6300
Eigene Berliner Schriftleitung. — Druck u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Bezugspreis:
monatlich 3,40 Gebot. — Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Briefträger und andere Anzeigenvermittler entgegen. — Abber Gebot enthält den Betrag von 20 Pfennigen.

Freiheit dem deutschen Luftverkehr!

Gegen eine Ausschaltung aus dem Luftverkehr Der englische Luftmarschall in Berlin Empfang Dr. Eckners durch den Bremer Senat

Berlin, 24. November.
(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Am Sonntag ist, mit dem Flugzeug von London kommend, der englische Luftmarschall Sir John Brindley, der Leiter des Luftverkehrs, in Berlin eingetroffen. Heute Morgen haben zwischen ihm und Vertretern der Reichsregierung Besprechungen im deutschen Botschaftsgebäude über die internationale Zusammenarbeit im Luftverkehr stattgefunden, die nach nicht abschließend sind. Sir Brindley befindet sich auf einer Flugreise nach Indien. Die englische Regierung hat den Plan gefasst, eine

Bremen, 24. November.
Heute mittags 12 Uhr wurde Dr. Eckner durch den Bremer Senat im Rathaus empfangen. In seiner Begrüßungsrede führte Bürgermeister Donandt aus: Der fremde Handel ist Ihnen ja nicht fremd, denn ich höre jeden, daß Ihre Familien mehrere Generationen hindurch bis in die zweite Hälfte des vorigen Jahrhunderts in Bremen anständig waren. Bremen ist als Handels- und Seestadt mit dem Ausland und vor allem mit den Vereinigten Staaten von Amerika durch tausend Jahre verbunden. Die Stadt weiß daher aus eigener Erfahrung die politische und wirtschaftliche Bedeutung Ihres Vorkommens, die erfolgreiche Luftfahrt über das Weltmeer, zu wünschigen. Die Weltstellung Deutschlands ist durch fremde Genötigung eigene Schwäche gefährdet worden. Sie kann im freundschaftlichen Verkehr mit dem Weltverkehr nur durch

deutschen Geist, deutsche Arbeit und deutsche Kraft wiedergewonnen werden. In diesem Sinne ist der Bau und die Fahrt des Zeppelin LZ 128 unter Ihrer Leitung eine vaterländische Großtat. Dem Ausland ist vor Augen geführt worden, daß in dem weitläufigen, durch Wasserader geschnittenen deutschen Volk trotz allem Notleid lebendig sind, aber die Welt nicht entzogen kann. Es ist eine wahre Herzensfreude, Ihnen nach Ihrer Heimkehr in das Vaterland den ersten Willkommensgruß einer deutschen Landesregierung aussprechen zu können. Ich tue das in der Hoffnung, daß die Zeppelinwerke in Friedrichshafen und dem deutschen Volk erhalten bleiben wird.

Dr. Eckner erwiderte darauf: Tief bewegt kante ich Ihnen für die überaus warmen Begrüßungsworte. Wenn Sie durch Ihre Worte zum Ausdruck bringen, daß in dem Sinne die Welt die deutsche Bevölkerung der Bremische Senat für die Rettung des deutschen Vorkommens gewirkt habe und Sie mich in die Reihe der Vertreter Bremische Geistes aufnehmen, so danke ich Ihnen aufrichtig dafür. Es ist die schmerzhafteste Anfechtung für mich und meine Kameraden, daß der Welt über dem Wasser verfolgen, ist gleich. Wir haben alle nur das eine Ziel, Deutschlands Macht und Ehre. Ich hoffe, daß meine bescheidene Leistung beitragen haben möge, eine Wiederbelebung des deutschen Ansehens in der Welt einzuleiten, und wenn diese Wiederbelebung eintritt, so gefalte ich mir dem Wunsch auszusprechen zu können, daß die Bremer Reichsregierung, die früher, so auch in Zukunft, ein wesentlicher Faktor dabei sein möge.

Dr. Eckner hat Bremen um drei Uhr im Automobil verlassen.
Der Reichskanzler hat am Dr. Eckner an Bord des „Columbus“ folgenden Telegramm gesandt:
Mit Glück und Freude empfangen wir den von zahlreichen Flug über den Ocean heimkehrenden wieder auf deutschem Boden. Der Flug über die Meere war eine Tat deutschen Geistes und deutscher Technik, war eine völkerverbindende Tat des Friedens. Reichskanzler Marx.

Beschlossen, die Reichsregierung zur Auszahlung der im letzten Budget genehmigten Beträge zu ermächtigen. Zwar wurden eine Reihe von Anträgen auf weitere Erhöhung der Beträge für die unteren Beamtengruppen gestellt, jedoch haben sich die Reichsratsausschüsse gegen sie, mit Rücksicht auf die sehr schwerwiegenden Auswirkungen auf die Reichsbörsen und die gesamte Volkswirtschaft abgelehnt.

Der Jungdeutsche Orden gegen die Wahlmüdigkeit

Berlin, 24. November.
(Von unserer Berliner Schriftleitung.)
Ein Aufruf des Jungdeutschen Ordens, der sich mit sehr scharfen Worten gegen die Wahlmüdigkeit wendet, die allein der heutigen politischen Methode, durch die Abgabe und Verbeugung zu verfassungsmäßigen Beschlüssen geworden seien, angeregt kommen würde, ist eine sehr bedeutungsvolle Kundgebung. Da bisher im Jungdeutschen Orden gegen den Parlamentarismus scharfste Stellung genommen und damit auch dafür eingetreten wurde, sich bei den Wahlen der Stimme zu enthalten, und da der Jungdeutsche Orden eine sehr umfassende Organisation nationaler Wirkung besitzt, so hat diese Kundgebung ungewissheit dazu beigetragen, daß in den früheren Wahlen gegen den parlamentarischen Willen durch Wahlenthaltung verloren gingen. Somit ist es zu begrüßen, daß der

Orden nunmehr entschieden für die Wahlbeteiligung eintritt und seinen Mitgliedern die Wahlpflicht auferlegt. Es geht bei der Wahl in der Tat um Alles, und die große parlamentarische Willkür, in die wir geraten sind, kann durch nichts besser bekämpft werden als dadurch, daß man seine Stimme am 7. Dezember für die deutschnationale Partei abgibt.

Der vertriebene Genosse

Herr Oberstleutnant Duesterberg schreibt uns:
Genosse Solzmann, Reichsminister a. D., M. D. M., hatte mich am 2. August 3. in der sozialistischen Presse in der ungläubigsten Weise beleidigt und hierbei zum Ausdruck gebracht, daß er selbstverständlich alles tun würde, um durch Aufhebung seiner Immunität als Abgeordneter den Prozess zu beschleunigen. „Ich brauche nicht zu fürchten, daß er sich vor einer Gerichtsverhandlung hüten würde.“ Mit Recht rief Solzmann am Schluß aus: „Ich erwarte Ihre Klage Herr Duesterberg!“
Diese Klage wurde selbstverständlich sofort von mir erhoben mit dem Erfolge, daß das zuständige Ministerium die Einleitung des Hauptverfahrens unter Hinweis auf die Nichtvernehmung des Genossen am 23. September 1924 ablehnte. Trotz Einmahls wurde diese Auffassung aufrecht erhalten.
In der selben Heberzeugung, daß auch Genosse Solzmann seinen oben angeführten Worten gemäß selbst etwas zur Aufhebung der Immunität tun würde, wurde mehrfach mit dem Vertriebenen Genossen in Köln angesetzt, daß dieser Genosse auf einige Wochen mit unbekanntem Aufenthaltsort nach der Schweiz bereist wäre. (1.)
Sofort nach der Reichstagsauflösung wurde erneut der Versuch gemacht, Solzmann zur Verantwortung zu ziehen. Tatsächlich erfolgte am 8. November 1924 seine Verhaftung zur Hauptverhandlung am 29. November 1924 nach Halle. Aber schon nach zwei Tagen, am 11. November 1924, wurde dieser Mann wieder aufgegeben. Solzmann ist nämlich Mitglied des auswertigen Ausschusses und als solcher auch der Aufsicht des Reichstages nach befristeter Rechtsaufhebung so lange immunit, als seine Mitgliedschaft in einem Ausschuss andauert.
Diese Reichstagsliste muß dem Reichsminister a. D. und Abgeordneten Solzmann wohl bekannt gewesen sein. Seine theoretischen Worte sind also nicht weiter als Fragen gewesen.

Wird Solzmann jetzt wieder gewährt, so muß der Reichstag auf Antrag über die Immunität seines Mitgliedes entscheiden. Je nach Ausfall der Wahlen wird das Ergebnis sein. Reichsminister a. D. Solzmann wird jedenfalls Gelegenheit bekommen, vor Gericht die Verantwortung für seine Verleumdung zu tragen, damit er sich in Zukunft wohlergehen und anständig bestimmt, wie es von einem ehemaligen Reichsminister erwartet werden muß.

Räumung von Köln erst nach „Erfüllung“

Paris, 24. November.
„Das“ meldet aus London: Man erfährt in autorisierten Kreisen, daß über die Räumung der Kölner Zone durch die englischen Truppen noch nicht entschieden sei. Erst wenn Deutschland sich von seinen Verpflichtungen befreit habe, d. h. wenn es die durch den Dawsonplan auferlegten Verbindungen betreffend die Entschädigung und die Währungsreform erfüllt haben werde, werde über jene Frage eine Entscheidung gefällt werden. Die internationalisierte Militärkontrollkommission dürfte unersäßig ihren Bericht vorlegen und erst dann werde man über die Räumung jener Zone bestimmen.

häufige Flugverbindung England-Indien ins Leben zu rufen und der Errichtung dieser Verbindung dient der Flug des Luftmarschalls.
Es ist wohl noch ganz genau, daß es für eine Flucht als Europa-Verbindung notwendig braucht, denn der Flug und beste Luftweg nach Indien führt zwangsläufig über Deutschland. Der englische Luftmarschall wird daher mit den deutschen zuständigen Stellen Besprechungen über die Errichtung von Zwischenstationen in Deutschland für den Luftverkehr England-Indien haben. Bei den Besprechungen werden selbstverständlich auch die internationalen Bestimmungen des Berliner Vertrages behandelt werden. Deutschland ist bekanntlich durch diese Bestimmungen auf Inanspruchnahme in der Errichtung seiner Luftfahrt gebunden.

Man wird von den deutschen Unternehmern fordern müssen, daß sie mit allem Nachdruck die Aufhebung dieser Bestimmungen dem englischen Luftmarschall gegenüber fordern. Nur wenn England es durchsetzen vermag, Deutschland die freie Beteiligung am internationalen Luftverkehr zu sichern und die entsprechenden Bestimmungen des Berliner Vertrages zur Annahme zu bringen, kann von einer Unterbrechung der Indien-Verträge Englands durch Deutschland die Rede sein. Die deutschen Unternehmern haben die Überzeugung, daß England uns bei seinen Plänen unbedingt braucht. Man wird hoffentlich kann die Grundlage sein, mit der englischen Regierung über Luftfahrtfragen zu diskutieren.

Berlin, 24. November.
Heute vormittag begannen die Verhandlungen der deutschen Reichsregierung mit dem englischen Luftmarschall Sir Brindley über die Zusammenarbeit im internationalen Luftverkehr.

Der deutsche Seite wurde geltend gemacht, daß die deutsche Luftfahrt von der ausländischen nicht benachteiligt werden dürfe, daß also entweder die Bestimmungen unserer Luftschiff- und Flugzeugbau aufzuheben oder die entsprechenden ausländischen Flugzeuge den gleichen Bedingungen unterworfen werden müssen. Ministerialrat Brandt wird heute nachmittag den Flugplan auf dem Tempelhofer Feld besichtigen und morgen seinen Flug nach Indien fortsetzen.

Nathusius vor seiner Befreiung

Freigabe in einigen Tagen
Paris, 24. November.
(Eigener Drahtbericht.)

Die Meldung, daß die französische Regierung die Begnadigung des Generals von Nathusius beabsichtigt, wird von zuständiger Seite bestätigt. Bis zur Haftentlassung dürfen vermutlich noch einige Tage vergehen, da vorher ein Meinungs-austausch zwischen der Deutschen Botschaft und dem Quai d'Orsay erfolgen wird.

Ein wichtiger Entlassungszeuge zum Prozess gegen General von Nathusius

Berlin, 24. November.
(Durch Funkdruck.)
Als wichtiger Entlassungszeuge für den General von Nathusius tritt der Bischof von Breslau, der württembergische Landesbischof, Dr. Karl von Geogger, auf, der 3. B. hier seinen Amtssitz hat. Dr. von Geogger hat sich dem General in Breslau angeschlossen und wird die Bestätigung geben, um das feindliche Eigentum wieder zurückerlangen zu können. Es sei geradezu grotesk, wenn man denken, daß selbst einer der Inhaber des General'schen feindlichen Eigentums habe. Schon dadurch wird

die Behauptung hinfallen, daß General von Nathusius beim Armeekommando in Lille überhaupt nicht mit Mousby, sondern mit Dr. von Geogger zusammen auf der Quartiersstraße in Ruisslebe war. Von seiner Seite sei auch nur die geringste Flage gegen General von Nathusius laut geworden. Dr. von Geogger hatte bereits am 6. November eine Aussage gemacht, die anschließend nicht rechtzeitig zur Gerichtsverhandlung eingetroffen ist.

Deutschnationale Entschließung zum Fall Nathusius

Oldenburg, 24. November.
In einer von der Deutschnationalen Volkspartei einberufenen Versammlung, in der Staatsminister a. D. Meißner über die Ziele der Partei sprach, wurde zur Verurteilung des Generals von Nathusius eine Entschließung angenommen, in der es heißt:
Wir fordern von der deutschen Regierung, daß unverzüglich Maßnahmen ergriffen werden, die eine Wiederherstellung der deutschen Ehre vor aller Welt ermöglichen. Wir fordern, daß es nicht bei papierernen Protesten und Erklärungen bleibt, sondern daß die jetzige deutsche Regierung das Volk zu einem nicht zu überhörenden Bewusstsein vor aller Welt gegen diese neue Schmach aufruft!

Die neuen Beamtengehälter vor den Reichsratsausschüssen

Berlin, 24. November.
Die Reichsratsausschüsse haben heute die Vorlage der Reichsregierung über die Beamtengehälter beraten. Es wurde

